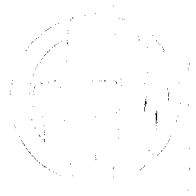


GEW-Dokumentation

Kinderrechte und Gewerkschaftsarbeit

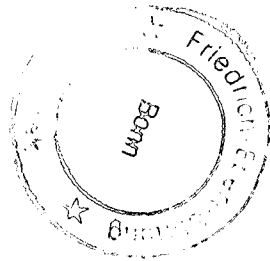
A93-4578



Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft im DGB

Alexandro Cussianovich..... 1
Unsere Hoffnung sind die Kinder

Dieter Wunder 12
Gewerkschaft für sozialpädagogische Berufe: GEW
Referate zur Eröffnung und zum Abschluß des ersten Jugendhilfekongresses
der GEW vom 5. bis 7. Februar 1993 in Göttingen



A 93-4578

Herausgeber: Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW)
Hauptvorstand – Referat Jugendhilfe und Sozialarbeit
Reifenberger Straße 21
6000 Frankfurt/Main 90
(ab 1. 7. 93: 60444 Frankfurt)

Verantwortlich: Norbert Hocke
Bernhard Eibeck

Satz: H&J-Satz GmbH, Frankfurt

Druck: Konkordia, Bühl/Baden

Mai 1993

Alexandro Cussianovich (Lima)

Unsere Hoffnung sind die Kinder

**Referat zur Eröffnung des ersten Jugendhilfekongresses
der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
vom 5.–7. Februar 1992 in Göttingen**

Kinder haben als gesellschaftliche und politische Subjekte mit Rechten anerkannt zu werden. Diese Forderung drückt aus, daß es eine Ähnlichkeit gibt zwischen den Problemen in Ihrem Land und den Problemen, mit denen wir in unserem Land konfrontiert sind. Darum begrüße ich diese Initiative sehr und fühle mich auch verantwortlich mit meiner Teilnahme hier zum Gelingen beizutragen.

Wie wollen wir Menschen sein?

Ich denke, daß, von den Kindern und Jugendlichen zu sprechen, auch heißt, von unseren Gesellschaften zu sprechen und einzusteigen in die Herzstücke der Gesellschaftspolitik, der Sozialpolitik.

Das ist wie der staatlichen Wirtschaftspolitik das Fieber zu messen. Denn von den neuen Generationen zu reden heißt nicht, mit der kühlen Distanziertheit soziologischer Analysen zu arbeiten, sondern das heißt auf eine sehr sensible Art und Weise einzutreten in ein Thema, in dem die **skandalösen Umstände** aber auch die **hoffnungsvollen Details** der dramatischen Situation und auch alle Anzeichen für den **Widerstand** gegen diese Hoffnungslosigkeit zusammenkommen.

Wir haben als Erwachsene gar kein Recht über die Situation der arbeitenden Kinder und Jugendlichen zu sprechen, wenn wir nicht gleichzeitig unsere eigene Berufung als Erzieher und Sozialarbeiter in Frage stellen und neu bestimmen. Darum ist die Rede über dieses Thema zugleich der Einstieg in einen politischen Diskurs von ethischem Inhalt, ethischer Tragweite und auch von der notwendigen Forderung uns auf die Utopie einzulassen. Denn die Kinder und Jugendlichen – vor allem die arbeitenden Kinder und Heranwachsenden unserer Städte – stellen uns vor die Frage: Wie wollen wir Menschen sein? Sie stellen uns an einen **anthropologischen Ort**, von dem aus neu zu erfassen ist, wie wir mit dieser Frage umgehen. Und wenn sie uns fragen, was wir von dieser Situation und was wir von der Zukunft halten, dann markieren sie auch zugleich einen neuen **erkenntnistheoretischen Ort**, von dem aus wir unsere herkömmlichen Kategorien in Frage stellen müssen. Denn die ärmsten dieser Ju-

gendlichen sowohl auf dem Land als auch in der Großstadt fragen uns ob das, was wir tun, tatsächlich zu einer größeren Humanisierung führt oder zu einer Entmenschlichung. Darum geben sie uns auch zugleich die Möglichkeit für einen neuen **ethischen Ort**, von dem aus wir die Situation gewichten müssen.

Peru

Ich will zur Einführung noch auf zwei Punkte hinweisen. Ich wünsche, daß **die Kälte der Zahlen**, die jetzt folgen, nicht noch dazu angetan ist, unseren Zynismus und unseren Pessimismus zu steigern. Denn wenn das Bild unserer Länder unter dem schlechten Begriff „dritte Welt“ normalerweise vorgestellt wird, bietet sich ein Panorama der Katastrophe. Und da die Gefahr besteht, daß dieser Zynismus und auch der historische Pessimismus, der hinter unseren Enttäuschungen steht, durch solche Zahlen und solche Auskünfte noch gesteigert werden kann, möchte ich, daß wir die **globale Dimension** all dessen, was ich mit Ihnen teilen möchte, nicht vergessen.

Peru ist im Augenblick ein Land von „all dem vergossenen Blut“ nach dem Titel des Romans von Argedas („Todas las sangres“), wenn auch nicht in dem Sinn, in dem dieser Autor seinen Roman geschrieben hat. Ich sehe drei wesentliche Gesichtspunkte: die Explosion der Armut, die demographische Explosion und die Explosion der Gewalt. 13 Millionen von insgesamt 23 Millionen Peruanern leben in kritischen Verhältnissen oder sogar in **extremer Armut**. 95 Prozent der aktiven Bevölkerung befindet sich in Unterbeschäftigung oder Nichtbeschäftigung. Darum sagt man oft, daß Peru eigentlich nicht ein lateinamerikanisches Land ist sondern eher nach Afrika gehört. Wenn das Land in den nächsten Jahren das gleiche Wirtschaftswachstum beibehielte wie in den vergangenen zehn Jahren, benötigten wir 95 Jahre, um überhaupt die Grundbedürfnisse der Bevölkerung einigermassen abdecken zu können.

Wir haben ein Jahrhundert von wenig verheißungsvollen Aussichten vor uns. Unser Land hat sich in letzter Zeit mit Maßnahmen einer **neoliberalen Wirtschaftspolitik** völlig der sozialen Kompensation von Seiten des Staates entledigt. Erst wird die Bevölkerung geschlagen, und dann kommt aus den Wohlfahrtsstaaten hier und da etwas zu essen. Kurz darauf steht die Bevölkerung auf sich selbst zurückgeworfen wieder da und kann sehen, wie sie zurechtkommt. Der Prozeß, in dem sich Peru befindet, heißt, den **Schuldendienst** aktiv betreiben zu müssen aber auf Kosten aller sozialpolitischen Verantwortung. Zugleich wird als Alternative dazu die **Privatisierung der Dienstleistungen** angeboten – die Privatisierung des Erziehungsbereichs, des Gesundheitswesens und der Staatsbetriebe. Alle lateinamerikanischen Erfahrungen haben gezeigt, daß das die Probleme der Mehrheit nicht löst. Es geht nicht nur darum, daß dabei die Bedeutung, die Stärke des Staates reduziert wird, sondern daß

seine Bedeutung, seine Funktion einem fundamentalen Wandel unterzogen wird. Der Prozeß der Explosion der Armut wird wie eine Tuberkulose gerade die am meisten ausgegrenzten Volksbereiche treffen.

Hinzu kommt die **Bevölkerungsexplosion**, die in der Wirtschaftspolitik überhaupt keine Entsprechung findet. Am Ende dieses Jahrhunderts werden wir 30 Millionen Peruaner sein. Das ist nicht nur ein Problem der Bevölkerungskontrolle. Sondern es ist auch eine Frage der Neuverteilung der im Land akkumulierten Güter. Für uns müssen die Bevölkerungspolitik, die Wirtschaftspolitik und die Kulturpolitik ineinandergreifen.

In diesem Kontext ist die **Gewalt** in allen Bereichen des Landes neu aufgeblüht: die **soziale Gewalt**, die sich in Hunger, in Verelendung oder in Epidemien wie der bekanntgewordenen Cholera-Epidemie ausdrückt, die **repressive Gewalt des Staates** selbst in seinem antisubversiven Kampf, die **Gewalt des Drogenhandels**. In bestimmten Zonen des Landes sind 93 Prozent aller Einkommensquellen mit Drogendollars verknüpft. Wir streiten uns zwischen Kolumbien und Peru um die Goldmedaille, was das Drogengeschäft angeht. Darum hält man uns auf allen Flughäfen fest und unterwirft uns Kontrollen. Zugleich gibt es aber auch die Gewalt der sogenannten paramilitärischen Gruppen, die ihrerseits auch wieder aus Polizisten und aus Soldaten bestehen, die neben ihrer normalen Arbeit und gegen Bezahlung töten oder rauben. Zugleich muß die Gewalt der bewaffneten Widerstandsgruppen erwähnt werden. Zwölf Jahre **bürgerkriegsähnliche Zustände** im Land haben 25.000 Tote produziert. Wir haben 120.000 heimatlose Kinder, 50.000 Waisenkinder, 3.000 verletzte Kinder, 2.000 ermordete Kinder, 1.000 Kinder, die auf der Flucht sind und 5.000 Kinder, die sich selbst dem bewaffneten Kampf verschrieben haben, davon 4.000 Minderjährige, die in den Streitkräften und der Polizei oder in den von den Streitkräften nach einem alten Campesino-Modell der Selbstverteidigung auf dem Land organisierten paramilitärischen Gruppen rekrutiert werden.

Kurz gesagt: Wir haben eine **Militarisierung der bürgerlichen** Gesellschaft. Das alles fördert natürlich auch die Mentalität und Kultur des Mißtrauens, die letztlich in einer Kultur der Hoffnungslosigkeit, der Verzweiflung enden muß. Dies hat zur Konsequenz, daß es auch für die Kinder bedeutet, aus Angst vor geheimdienstlicher Verfolgung die Wahrheit und Lüge miteinander zu verkehren. Man muß lügen, um sein Leben zu retten.

Die sich auch durch Migration verbreitende Armut fördert eine Bettlermentalität. Von der Armut allein entwickelt sich noch nicht automatisch Solidarität – auch nicht vom Reichtum, wie wir wissen.

Vom reinen Prinzip des Überlebens müssen wir zu einer Veränderung gelangen, die mit Revolution, mit Transformation – nennen Sie es wie Sie wollen – zu tun hat, mit der Veränderung der Verhältnisse. Der reine Kampf um das

Überleben reibt die Identität der Betroffenen auf. Es ist als hätte jemand ständig den Würgegriff am Hals. Die Volksbewegungen sehen heute, daß ihr Kampf sehr isoliert ist. Das hat sich niedergeschlagen, indem der Rechtsrahmen sowohl im Arbeitsrecht als auch für die Arbeit der **Gewerkschaften beschritten** wurde, daß die gewerkschaftliche Organisation erschwert und beeinträchtigt worden ist und daß sie zum Teil verschwindet. Die letzten drei Gesetze im Erziehungsbereich haben als erklärtes Ziel, die solidarische gewerkschaftliche Organisation der starken Lehrerverbände auseinanderzutreiben. Denn die **Privatisierung des Erziehungs- und Bildungswesens** ist nichts anderes als aus Bildung und Erziehung eine privatwirtschaftliche Angelegenheit zu machen. Aber noch härter für uns ist, daß wir angesichts dieser Herausforderung nicht über ein gemeinschaftliches nationales Projekt, nicht über einen gemeinsamen Entwurf verfügen. Das teilen wir übrigens mit den etablierten Parteien, die außer ihrem neoliberalen Modell nichts anzubieten haben. Und die linken Organisationen des Landes sind im Augenblick nicht stark genug, um wirklich Massen zu bewegen und zusammenzurufen. Ohne innere Stärke und Verbindungen ist das nicht möglich. Am vergangenen Freitag bei den Kommunalwahlen sind die linken Kandidaten praktisch verschwunden. Und doch gibt es höchst bedeutsame und interessante Initiativen wie z. B. das Forum von Sao Paulo. Es führt die Volksorganisation, die politischen Organisationen vor allem der Linken aus ganz Lateinamerika, aus Zentralamerika und der Karibik zusammen, um neu zu entwerfen, welche Strategie gefahren werden kann angesichts dieser Herausforderung.

Kinder, die ihre Hoffnung organisieren

Ich möchte auf einen weiteren Punkt kommen, indem ich die arbeitenden Kinder vorstellen möchte als Kinder, die ihre Hoffnung organisieren. Wir verfügen bei den 23 Millionen Peruanern über etwa 12 Millionen Minderjährige unter 18 Jahren. Etwas mehr als die Hälfte der Bevölkerung sind Jugendliche. Man rechnet heute mit etwa 3,6 Millionen arbeitenden Kindern und Heranwachsenden im Land. Vor drei Jahren waren das nur zwei Millionen. Aber die ökonomischen Anpassungen, die Zwänge, die vom Weltwährungsfond ausgingen, haben dafür gesorgt, daß diese Zahl so angewachsen ist. Sie nennen das „ökonomische Anpassung von menschlichem Angesicht“. Das ist wie wenn man von jemand verlangt, der gerade erwürgt wird, daß er wenigstens dazu noch lächelt. Es gibt ein unglaubliches Hineindrängen von Minderjährigen, von **Jugendlichen in den Arbeitsmarkt**. Aber es gibt auch eine qualitative Eruption. Diese Kinder und Heranwachsenden arbeiten unter für Sie unvorstellbaren Bedingungen. Es ist vor allem eine Arbeit im informellen Sektor. Ich sage Ihnen voraus, daß gerade das ein entscheidendes Phänomen sein wird, das in den kommenden Jahren auch auf Europa zukommt und das Panorama der Arbeit

für Jugendliche kennzeichnen wird. Es ist das, was das neoliberale Konzept unter dem Begriff der **Flexibilisierung der Arbeit** vorschlägt: diese beweglichen Massen von Kindern und Jugendlichen, die sich dem jeweiligen Auf und Ab der ökonomischen Konjunktur anpassen müssen. Die Kinder sterben nicht durch Hunger. Es gibt schon immer irgend etwas, mit dem man sich fürs erste helfen kann: ob Arbeit, ob Raub oder Prostitution sei mal dahingestellt.

Dennoch möchte ich in diesem Zusammenhang sagen, daß es nicht die ärmsten Kinder sind, die da arbeiten, es sind auch die arm gemachten, die verarmten Kinder und Heranwachsenden der mittleren Schichten, die heute auf Arbeitssuche gehen. Die Kinder von Lehrern, von Angestellten im öffentlichen Dienst, von Bankangestellten, von Ärzten, Pflegern, Schwestern. Das ist vielleicht sogar die am stärksten durch die augenblickliche Krise getroffene Gesellschaftsschicht. Das gibt dem Charakter dieser Jugendlichen, die heute aufgrund ihrer eigenen Arbeit allein überleben, ein neues Bild. Wir sagen heute: Die Kinderarbeit ist weiß geworden. Sie sind besser gekleidet, vornehmer.

Arbeit und Erziehung

Diese Situation ist eine Anfrage an uns, ob wir nicht unser **Konzept von Arbeit**, auch von dieser oft so geschmähten Handarbeit, der niederen Arbeit, neu zu überdenken haben und zwar von der Situation dieser Kinder und Jugendlichen her. In Gesellschaften wie der unseren, haben wir die Schule verwandelt nicht nur in den einzigen Ort von Bildung sondern in den einzigen Ort, in dem Erkenntnisse versammelt sind. Ich bin Lehrer. Ich bin nicht gegen die Schule. Aber das Dilemma, das sich uns bietet, ist die Verbindung von Arbeit und Bildung, von Arbeit und Erziehung. 83 Prozent der arbeitenden Kinder gehen zum schulischen Unterricht. Fragen Sie mich aber bitte nicht, was die dort lernen, das ist ein anderes Problem.

Die Organisation der arbeitenden Kinder

Im Jahr 1976 begann unsere Erfahrung mit den arbeitenden Kindern. Es waren Jugendliche, die aus ihren Betrieben entlassen worden sind. Sie waren nach der Analyse der Situation zu dem Schluß gekommen, daß wir in den nächsten zehn Jahren in den Fabriken und an den Arbeitsplätzen nicht mehr über Jugendliche verfügen, die eine gewerkschaftliche Bildung genossen haben oder politisches Bewußtsein mitbringen. Wir werden entpolitisierte, indifferente Jugendliche haben, die kein aktives politisches Bewußtsein entwickeln können, oder Jugendliche, die abwandern in die Straßenkriminalität. Damals sprachen wir noch nicht über Drogenproblematik unter Jugendlichen, weil das Phänomen noch nicht so gegeben war. Diese Jugendlichen sagten: Wir müssen früher

ansetzen. Unsere Sorge um die jugendlichen Heranwachsenden darf nicht erst anfangen, wenn sie Jugendliche sind, sondern es muß ein Vorbereitungsstadium geben, **wir müssen mit den Kindern beginnen**. So wurde eine Organisation für arbeitende Kinder gegründet. Die Frage war: Wer fängt damit an? Und dann haben sie mir gesagt: Treib das mal voran! Ich habe gesagt: Ich werde das nicht tun. Zum ersten habe ich keine Erfahrung darin. Haben sie uns denn in den Schulen, den Universitäten, in der akademischen Ausbildung darauf überhaupt vorbereitet? Nein! Ich fühlte mich eigentlich nicht dazu berufen aber sie haben insistiert und sagten: Warum willst Du damit nicht anfangen? Ich hatte auch meinen Quadratschädel festgefügtter Konzepte aufgrund der eigenen gewerkschaftlichen, politischen Bildung und Erfahrung. Da stellten die Kinder und Jugendlichen keine tragende Säule für die Idee einer Revolution in Peru dar. Die Kinder sollten doch die Nutznießer des dann einmal erreichten Wandels werden. Man mußte doch den Kindern das Opfer eines so gewaltsamen Kampfes ersparen. Das war doch die Arbeiterklasse, die die wirtschaftliche Veränderung bringen sollte. Und die Jugendlichen hielten mir entgegen: Was soll das heißen? Wir akzeptieren diese Differenzierung zwischen Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen nicht, weil wir doch alle arbeiten. Wir sind authentische Arbeiter. Wir werden irgendwann keine Kinder mehr sein, wir werden irgendwann keine Jugendlichen mehr sein aber wir werden sicher immer arbeiten müssen. Das hat mir den Quadratschädel etwas zurechtgerückt. Ich mußte ihnen rechtgeben und begann mit ihnen in diesem Jahr den Aufbau.

Fünf Bedingungen haben sie mir gestellt:

Erstens es muß eine wirklich **autonome Organisation der Kinder** durch die Kinder sein, die nicht Anhängsel irgendwelcher anderer Institutionen von Erwachsenen ist. Ihre Organisation werden sie selber leiten und nicht irgendwelche Jugendliche oder andere Erwachsene.

Die zweite Bedingung bestand darin, nicht aus einem bestehenden pädagogischen oder methodischen Konzept eine verkürzte kindgemäße Ableitung zu schaffen sondern eine **neue Pädagogik** und eine neue Methodologie von der Situation der Kinder her zu entwickeln.

Drittens muß es eine **Organisation von arbeitenden Kindern** sein. Ihre Identität als Arbeitende muß Gestalt gewinnen in der Organisation. Auch wenn sie im Moment gerade mal nicht arbeiten. Es handelt sich ja nicht um feste Arbeitsverhältnisse mit fester Bezahlung, es sind Stunden, Wochentage. Manche haben das Glück, mit Unterbrechungen ein paar Monate zu arbeiten.

Die vierte Bedingung bestand darin, daß es eine **nationale Organisation**, eine Koordination geben soll mit einer Erweiterung zur internationalen Arbeit.

Fünftens soll es nicht irgendein Dach sein, das nur die assoziierten Mitglieder schützt sondern eine Organisation, die sich auseinandersetzt mit der **Gesamt-situation von Kindern**.

Die ersten beiden Jahre waren ein Reifall. Danach nahmen wir die Arbeit erneut auf und haben gesehen, es geht vielleicht doch. Es ist leicht, nach 17 Jahren jetzt darüber zu sprechen. Aber die ersten zehn Jahre haben wir uns nicht einmal getraut, in der Öffentlichkeit über das zu reden, was wir taten, weil es uns wie das Gegacker des Huhns vorm Eierlegen vorkam. Es sind Gemeinschaften von Kindern, in denen auch die Dimension des Glaubens integraler Bestandteil ist. Es ist keine spezifisch gewerkschaftliche Organisation, es ist auch kein Club zur Freizeitgestaltung sondern es ist eine Institution, die darauf setzt, auch weitere Initiativen mitzugestalten, die sich dieser Problematik annehmen.

Peru – Lateinamerika – Europa

Im Jahr 1986 bei der dritten Nationalversammlung haben sie zum erstenmal ihre eigene nationale Koordination gewählt. So haben sich die Bedingungen von 1976 so allmählich dann zehn Jahre später handfest verwirklicht. Aber wenn wir das in der gesamten Zeit nicht ganz klar und bewußt gespürt hätten in uns, daß das so notwendig ist, dann hätten wir das nicht geschafft. In drei Wochen werden wir das neunte Zusammentreffen der einzelnen Koordinatoren unseres Landes feiern.

Beim ersten lateinamerikanisch angelegten Treffen 1988 haben sechs Länder sich vertreten lassen: Kinder, die in den bolivianischen Minen, in der chilenischen Fischerei, auf den Straßen Paraguays arbeiten oder auch Kinder aus Argentinien und Brasilien. Dort entstand der Beschluß, auch zwei Jahre darauf ein weiteres Treffen in Buenos Aires zu veranstalten, zu dem schon 17 Länder Vertreter – Delegationen von Jungen und Mädchen – entsandten. Im Oktober letzten Jahres kam es zu dem nächsten Treffen in Guatemala, wo elf oder zwölf Länder repräsentiert waren. Wir luden europäische Kinder ein, daß sie sich dort auch einfinden und sich beteiligen. Aber die konnten nicht kommen. Sie sind erneut eingeladen für das nächste Treffen in Santa Cruz in Bolivien im Jahre 1994. Es gibt Kinder hier aus Süddeutschland, aus Hausach, die sich darauf vorbereiten, an diesem Treffen teilzunehmen. Das ist für uns von fundamentaler Bedeutung, daß die Kinder des Nordens sich mit den Kindern des Südens treffen und in einen Dialog eintreten. Im Januar des letzten Jahres hatten wir das erste Treffen der arbeitenden Mädchen Lateinamerikas.

Würde und Recht

Jetzt könnten Sie natürlich mit Fug und Recht fragen: Welche Probleme hat denn nun diese Organisation überhaupt lösen können? Ich werde sagen: Eigentlich keine! Und alle! Denn: Die Organisation hat sich nicht vorgenommen, die aktuellen Probleme der Arbeitsverhältnisse zu lösen. Sondern es kommt uns darauf an, daß die Kinder selbst sich zunächst einmal als Subjekte erkennen und daß sie erkennen, daß sie eine Würde haben und Rechte. Vielleicht müssen wir nach den 17 Jahren sogar einräumen, daß wir die Fessel der Armut nicht gesprengt haben mit unserer Arbeit. Das bringt aber nicht die Qualität der Arbeit, in der diese Kinder stehen, in Verruf. Für sie bedeutet es, daß sie ihre Würde erkennen und daß ihr **Selbstwertgefühl**, ihre **Selbstachtung** wachsen müssen. In einer Gesellschaft, die ihnen zu erkennen gibt, daß sie als Kinder keine Rolle spielen, weil sie arm, angeblich gefährlich sind und mit ihrer Arbeit der Familie nur Schande machen. Die Familien aus dem einfachen Volk sind es, die sich dafür schämen, daß ihre Kinder arbeiten. Auf einem großen Markt im Süden der Stadt, haben wir eine Schule für arbeitende Kinder errichtet. Deren Eltern sind gekommen und waren entsetzt. Sie haben gesagt, sind Sie denn verrückt als Lehrer, was wollen Sie für die eine Schule organisieren, das sind Taugenichtse, Straßenjungs, Diebe.

Spirituelle Reserve für die Zukunft

Es ist die Wiedergewinnung des Selbstwertgefühls und der Selbstachtung, die den Kindern überhaupt die **Macht** gibt, **Subjekt** zu sein und aus dieser Position und diesem Empfinden heraus andere Herausforderungen anzunehmen. Ist das billiger Idealismus? Ist das anthropologischer Optimismus, der ins vergangene Jahrhundert gehört? Die Tatsache, daß in der schwierigen Situation, in der sich ganz Lateinamerika von Südamerika bis zur Karibik befindet, gerade die Selbstachtung und die Selbstwertschätzung gefördert und entwickelt werden kann, daß die Kinder ein Bewußtsein davon haben, daß ihnen Rechte zustehen, daß sie als gesellschaftliche Subjekte ihre Interessen und Rechte vertreten, dies mag die Kinder auch ausweisen, nicht nur als biologische sondern als eine spirituelle Reserve für die Zukunft. Das ist eine **langfristige Aufgabe**, die über große Zeiträume zu denken ist. Ich möchte Sie aber an dieser Stelle fragen: Wie lange dauerten die Anstrengungen der Arbeiter und Bauern in Europa, um ihre Emanzipation schrittweise voranzubringen? Wie lange hat der Kampf um die Emanzipation der Frau gedauert? – Ja, sie ist immer noch nicht gelungen. – Wie lange haben die Kolonien gebraucht, um sich vom Kolonialismus zu befreien? Nur weil sie langwierig und schwierig und schmerzvoll gewesen sind, waren diese Kämpfe und Auseinandersetzungen doch nicht unangemessen, nicht unrecht, nicht fehl am Platz. Der Kampf der Kinder um ihre

Emanzipation, um ihre gesellschaftliche Rolle hat erst angefangen. Ich denke aber, daß diese kleinen bescheidenen Erfahrungen doch schon andeuten können, daß es uns nicht darum geht, daß Europa draußen bleiben, unbeteiligt bleiben soll. Der Vorredner fragte nach den Bündnispartnern in dem Anliegen, das uns verbindet. Ich möchte Ihnen versichern, daß die Organisationen der arbeitenden Kinder und Heranwachsenden in Lateinamerika sehr gute Bündnispartner für die deutschen Kinder sein können.

Mit anderen Augen

Im Juli vergangenen Jahres war ein peruanisches Mädchen hier zu Besuch und kam mit Kindern in Schulen zusammen. Die fragten dann: „Erzähl uns mal, wie Du arbeitest, wie beschwerlich es für Dich ist und wie Du leidest.“ „Ja, das will ich gerne tun“, sagte sie. „Aber erst sagt mir doch mal, Ihr, die Ihr da in der Schule sitzt, Ihr arbeitet nicht?“ – Schweigen – Ein Lehrer, der sehr gut vorbereitet war, sagte: „Schau mal, das ist bei uns alles ein bißchen anders. Hier sind die Eltern der Kinder in der Lage zu arbeiten und Geld zu verdienen. Da ist das nicht nötig, daß die Kinder arbeiten.“ Das Mädchen fragte: „Ja wie, dann arbeitet man hier allein um Geld zu verdienen?“

Zweite Frage: „Ihr seid hier wohl nicht organisiert, warum nicht?“ Und wieder der so kompetente Lehrer: „Das ist hier nicht nötig, denn hier ist der Schutz der Rechte, die zugesagt sind, bestens organisiert.“ „Jetzt verstehe ich,“ sagte das Kind, „warum die Kinder hier soviel Probleme haben, das zu tun, was sie denken.“

Dieses Beispiel zeigt, wenn wir von Kindern und Jugendlichen reden, dann reden wir immer auch von der Möglichkeit, daß die Dinge anders sein können, als wir sie konzipiert haben.

Ich war jetzt wieder im September in derselben Schule und ich muß gestehen, daß ich sehr sehr überrascht war über das hohe Maß an Sensibilität, das ich feststellen konnte. Ich führe das auch auf die Tatsache zurück, daß seit etlicher Zeit ein lebendiger Austausch und Kontakt besteht. Darum ist die Internationalisierung dieses Anliegens Bestandteil der Kinderarbeit bei uns wie auch bei Ihnen.

Kultur der Kindheit

Ich beziehe mich als Beispiel noch einmal auf die Reformmentalität im 18. und 19. Jahrhundert, die mit den wesentlichen Zügen von Mitleid und Nächstenliebe die Kinder als Opfer betrachtet hat, wenn sie in den Minen oder auf dem Land gearbeitet haben. Die Geschichte der Kultur der Kindheit im Westen

ist zugleich die Geschichte der **Sozialkontrolle**, der gesellschaftlichen Kontrolle über die Kinder, wo man sagt: Die Kinder haben zwar nicht die Ursachen zu vertreten, daß sie sich in dieser Situation befinden, aber als solche sind sie gefährlich. Der **Schutzmantel der Fürsorge** für die Kinder war so groß und so umfassend, daß wir darunter die Kultur der Kindheit in ihrer gesellschaftlichen Bedeutung verdeckt haben. Wir haben unserer Kinder und Heranwachsenden privatisiert.

Heute müssen wir von anderen Paradigmen ausgehen, die gesellschaftliche Rolle von Kindern und Heranwachsenden zu definieren. Ihr Protagonismus und ihre Beteiligung an der Entwicklung ihrer Programme und Aktionsformen ist die beste Garantie für die Herstellung ihrer gesellschaftlichen Rolle. Wir fühlen uns berufen, dazu beizutragen, die Selbstachtung und das Selbstwertgefühl der Kinder zu wecken und zu stabilisieren. Wir möchten von einer gesellschaftlichen Kontrolle der Kinder zu einer **gesellschaftlichen Rolle der Kinder** finden. Für uns ist darum wesentlich auch die Wiederbelebung unserer eigenen professionellen Berufung. Wir sind überzeugt, daß die Arbeit mit den Kindern eine authentische gesellschaftliche ist und einen Beitrag für das Gemeinwesen darstellt.

Ethische Herausforderung

Eine Arbeiterführerin in Peru traf sich mit einem Companero auf der Straße. Sie war seit Jahren schon aus der Fabrik entlassen worden. „Was machst Du? Was arbeitest Du?“ Sie sagte: „Ich arbeite mit Kindern in einem städtischen Randviertel.“ Und enttäuscht gab der Companero zurück: „Companera, Du hast das Engagement für die Klasse ganz schön verraten.“

Schlimm ist, daß sie dadurch etwas aus dem Gleichgewicht kam. Liegt das vielleicht daran, daß wir *insgeheim* immer noch der Meinung sind, daß die Arbeit mit Kindern letztlich eine Sache ist, die man Frauen überläßt und die so im außer- oder vopolitischen Raum anzusiedeln ist, ohne Ausdruck eines **streitbaren Engagements** für die Gesellschaft zu sein? Ich denke, es gehört zu der Berufung unserer Berufsgruppe, weil wir mit konkreten Menschen arbeiten. Darum hat unser Beruf auch eine **spirituelle Dimension**, die ich nicht in den religiösen Beziehungen aufgehoben sehen will. Darum stellen die Kinder und jugendlichen Arbeiter im Norden wie im Süden für mich die entscheidende ethische Herausforderung am Ende unseres Jahrhunderts dar.

Ich sehe das als eine ethische Herausforderung, nicht als eine moralische. Die Moral fragt: Wie definiere ich mich gegenüber der Gesetzgebung? Die Ethik geht darüber hinaus und stellt andere Fragen. Die Ethik stellt immer die Frage: Ist das, was Du tust geeignet und richtig, um dem Ziel näher zu kommen, das

Leben auf diesem **Planeten zu humanisieren**?. Darum fragen uns die Kinder, ob die Erwachsenen-gesellschaft, die wir betreiben, ob die Zivilisation, wie wir sie erhalten, geeignet ist, daß Kinder mehr Mensch werden können auf dieser Erde. Und darum sind diese Kinder für uns die **Keimzelle der Utopie**, die unsere Gesellschaft braucht.

Hoffnung

Ich möchte schließen mit einem kleinen Erlebnis, mit einer Aufschrift, die ich auf einer Tafel einmal gesehen habe. Im Saal, in dem sich die Delegierten der organisierten arbeitenden Kinder und Heranwachsenden trafen, stand orthographisch vielleicht nicht ganz sauber und schräg nach oben geschrieben: „Wir, die arbeitenden Kinder und Heranwachsenden haben ein Recht darauf, daß niemand uns unsere Hoffnung nehmen darf.“

Die Hoffnung ist nicht eine Angelegenheit der Naiven. Unsere Hoffnung setzt darauf und beweist zugleich, daß diejenigen, die sie haben, sich den Dogmen des Marktes, der Herrschaft des Marktes, diesem massenhaften Elend und der Ausbeutung und auch dem Mißbrauch der Schwachen noch immer nicht ergeben haben und daß sie darauf setzen, daß noch etwas drin ist. Es darf der Ethik des Pragmatismus des neoliberalen Systems nicht gelingen, diese Hoffnung auszulöschen, damit wir die Zuversicht haben dürfen, eine gerechtere und menschlichere solidarischere Welt unseren Kindern vererben zu können.

Dieter Wunder

Gewerkschaft für Sozialpädagogische Berufe: GEW

**Referat zum Abschluß des ersten Jugendhilfekongresses
der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
vom 5.–7. Februar 1992 in Göttingen**

Thema des 1. Jugendhilfekongresses, den die GEW in ihrer Geschichte abhält, sind Kinderrechte. Dies ist mehr als bemerkenswert. Eine Gewerkschaft, die in den letzten Jahren sowohl im Westen wie im Osten im Jugendhilfebereich viel für Arbeitsplätze, Arbeitsbedingungen und Bezahlung von Erzieherinnen, Hortnerinnen, Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen getan hat, eine Gewerkschaft stellt in den Mittelpunkt ihres ersten Jugendhilfekongresses die Rechte von Kindern.

Eine Gewerkschaft ist im normalen Verständnis dafür da, sich um die Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten zu kümmern. Wenn noch Zeit und Kraft bleibt, dann mag es im Interesse der Beschäftigten liegen, sich auch noch mit den beruflichen Fragen zu beschäftigen. Die GEW sieht dies anders und genau dieses Paradox des Kongresses macht das Wesen der GEW aus. Wir verstehen uns ganz bewußt als Gewerkschaft, dennoch, für die Bildungsgewerkschaft GEW haben die Interessen von Kindern, Jugendlichen und jungen Menschen einen hohen Stellenwert, nicht nur deswegen, weil es die beruflichen Anliegen unserer Mitglieder voranbringt, sondern weil wir zutiefst davon überzeugt sind, daß das Wohl von Kindern und Jugendlichen eine genuin-gewerkschaftliche Aufgabe ist und daß für unsere Mitglieder alle Fragen, die den Umgang mit Kindern und Jugendlichen anbelangen, einen zentralen Stellenwert haben.

Wenn wir gewerkschaftliche Arbeit derart definieren, dann entspricht dies übrigens einer ganz modernen Auffassung von Gewerkschaft. Oskar Negt, der Hannoveraner Soziologe und kritischer Beobachter und Freund der Gewerkschaften, fordert die Gewerkschaften schon seit längerem auf, sich nicht nur um die Arbeitsbedingungen im engeren Sinne zu kümmern, sondern auch das zum Gegenstand gewerkschaftlicher Arbeit zu machen, was Inhalt der Arbeit ist, also bei uns in der GEW Fragen der Erziehung, des Umgangs von Pädagoginnen und Pädagogen mit Kindern und Jugendlichen.

Das Thema des Kongresses steht scheinbar auch im Widerspruch zu den drängendsten gewerkschaftlichen Fragen dieser Wochen. Da wird über den Solidar-pakt mit weitreichenden Folgen für alle in Erziehung und Bildung Beschäftig-

ten verhandelt und beschäftigen wir uns mit den Rechten von Kindern? Ist dies denn Thema seriöser Politik? Tun wir als GEW gut daran, uns derartig in Widerspruch zum „Zeitgeist“ zu setzen?

Ich sage sehr bewußt: Ja, wir tun gut daran. Der Bundespräsident hat vor einem halben Jahr scharfe Kritik an den Parteien und den politisch Verantwortlichen geübt. Es ist ihm dies wenig gedankt worden. Aber mir scheint klar zu sein, daß er – leider – Recht hatte. Die Lebensfragen unserer Gesellschaft, z. B. die Probleme von Kindern und Jugendlichen werden verdrängt oder wie bei der Asyldebatte in einer Weise diskutiert, die grauenvoll ist und die für die entsetzlichen Verhaltensweisen vieler Menschen gegenüber Ausländern mitverantwortlich ist.

Kinder und Jugendliche sind kein Thema der Politik. Soweit dies dennoch geschieht, sind es unangenehme Anlässe: Die abendliche Unsicherheit in S- oder U-Bahnen, die insbesondere alte Menschen bedrückt, die schwierigen Schulanfänger, über die fast jede Grundschullehrerin klagt, die Gewalttäter gegenüber Heimen von Asylbewerbern. Der Ruf nach Polizei und Justiz ist populär und der baden-württembergische Finanzminister Mayer-Vorfelder brachte dies auch sogleich auf die treffende Formel. Da ist soviel beunruhigendes in der Gesellschaft, damit wird die Schule – und er hätte ergänzen können, der Kindergarten, das Jugendfreizeitheim – nicht fertig. Wir brauchen nicht 1.000 Lehrer mehr, sondern 1.000 Polizisten. Die Gesellschaft leistet derzeit hinsichtlich ihres eigenen Nachwuchses den Offenbarungseid. Nirgendwo ist erkennbar, daß ein Politiker von Gewicht sich der Probleme von Kindern und Jugendlichen annimmt, daß die Medien dies wirklich zum Thema nehmen oder daß Kinder und Jugendliche eine Lobby hätten. Wer mit Kindern und Jugendlichen zu tun hat, weiß, daß die gegenwärtigen Phänomene beunruhigend sind, daß die Art und Weise des Medienkonsums Unbehagen hervorrufen muß und daß die zutage tretenden Gewalttätigkeiten gegenüber Ausländern nur Ausdruck einer schon lange beobachteten Entwicklung sind.

Die Situation ist eigentümlich: Die Zahl der Kinder sinkt (für die östlichen Bundesländer in katastrophaler Weise; für die westlichen täuscht der gegenwärtige Anstieg Bevölkerungswachstum vor, der aber nur auf die starken Geburtsjahrgänge der 60er Jahre zurückzuführen ist) und dies muß für eine Gesellschaft beunruhigend sein; für Eltern wird das Bemühen, ihre wenigen Kinder auf den richtigen Weg ins Leben zu bringen, immer wichtiger, aber eine öffentliche Debatte über das, was Kinder brauchen, was Kindern nützt, gibt es nicht. Dementsprechend bleibt auch alle Frauenpolitik defizitär. Was nützen Frauenbeauftragte, wenn es keine Kindergärtenplätze und keine Ganztags-schulen gibt? Frauenpolitik, die es Frauen nicht ermöglicht, den Beruf auszuüben, weil sie kleine Kinder haben, solche Frauenpolitik taugt nichts. Das Fehlen von Kinder- und Jugendpolitik macht aber auch Bildungspolitik problematisch.

Bildungspolitik ist im traditionellen Sinne Politik für Schule und Hochschule; nimmt also den jungen Menschen nur in bestimmten Aspekten wahr, sozusagen nur unter dem Teilaspekt Schüler und dementsprechend sind nicht wenige Schulen nur Unterrichtsanstalten. Was in und mit Kindern und Jugendlichen sonst passiert, welche Probleme und Sorgen sie haben, das wird oder muß ausgeklammert bleiben. Eine ganzheitliche Sicht, die sich auf das gesamte Leben junger Menschen bezieht, fehlt; wie Kindergarten, Jugendheim, Hort, Freizeiteinrichtung und Schule gemeinsam daran arbeiten, daß jungen Menschen für ihr Leben heute und für ihre weitere Entwicklung geholfen werden kann, ist nicht Gegenstand von Politik.

Und in dieser Situation schlägt die Sparpolitik von Bund, Ländern und Kommunen zu. In den neuen Ländern kämpfen wir oft mit gutem Erfolg um den Erhalt von Kindergärten und Horten. Wir erleben Mißerfolge, wir erleben Erfolge, aber bei jedem Erfolg wissen wir: Wer weiß, ob die Kommune sich in einem halben oder einem Jahr den Kindergarten noch leisten können, ob Eltern die steigenden Beiträge bezahlen werden. Im Westen haben nicht wenige von uns auf das Versprechen von BK Kohl gesetzt, das Recht auf einen Kindergartenplatz für jedes Kind durchzusetzen. Das Gesetzespaket zu § 218 hat diesen Anspruch verankert, ab 1996. Aber wir alle wissen, das Gesetz wird sich als Täuschung herausstellen. Den Kommunen wird das Geld fehlen, die Kommunen klagen bereits jetzt in Karlsruhe. Im großen Solidarpakt des Bundeskanzlers wird der Kindergartenplatz für jedes Kind als eine von vielen Kleinigkeiten nachlässig behandelt werden und folglich untergehen.

Gegen diese politische Wirklichkeit lehnt sich die GEW auf. Als Bildungsgewerkschaft fordern wir Kinder- und Jugendpolitik aus einem Guß. Wir wollen natürlich unter Berücksichtigung der Interessen der Beschäftigten – Anwalt von Kindern und Jugendlichen sein.

Ich weiß, daß manche Kollegin hier im Saal gegenüber solchen Worten skeptisch sein wird. Unser heutiges Verständnis als Bildungsgewerkschaft, als eine Gewerkschaft für alle Bildungsbereiche in selbständigen Einrichtungen, widerspricht manchen Erfahrungen. Die skeptische Frage lautet: Ist die GEW im Grunde nicht eigentlich immer eine Lehrgewerkschaft, wie nicht wenige Journalisten dies schreiben? Immerhin, es gibt seit geraumer Zeit viele Lehrerinnen und Lehrer, insbesondere die engagierten Lehrer, für die es klar ist, daß der alleinige Blick auf Schule ein verkürzter und damit bildungspolitisch ein falscher Blick ist. Da wird nach der Erziehung im Kindergarten als Vorstufe zur Schule gefragt, da wird Schulsozialarbeit als notwendiger und selbstverständlicher Bestandteil von Schule gesehen; da wird gefragt, was machen Kinder und Jugendliche am Nachmittag; da wird die Forderung nach ganztägigen Angeboten oder Ganztagschulen erhoben. Da wird die eigene berufliche Kompetenz als ungenügend empfunden und ihre Erweiterung hin zur sozial-

pädagogischen Kompetenz oder ihre Ergänzung durch sozialpädagogische Kompetenz gefordert. Die aufmerksamen Lehrerinnen und Lehrer, um es zuzuspitzen, wissen schon lange, daß sie alleine – mit ihrer bisherigen Ausbildung und ihrem bisherigen schulischem Tun – nicht ausreichen, um den Bedürfnissen von Kindern und Jugendlichen wirklich zu entsprechen. Aber trotz aller Anerkennung gegenüber solcher Sichtweise von Lehrerinnen und Lehrern bleibt festzustellen, dieser Blickpunkt von Schule aus reicht für eine Bildungsgewerkschaft nicht aus. Gleichberechtigt neben diesem Blick muß in der GEW der Blick vom Kindergarten aus, von Jugendfreizeiteinrichtungen, vom Hort aus, aber auch von der Hochschule und den Weiterbildungseinrichtungen stehen. Die meisten dieser Einrichtungen eint ein gemeinsames Interesse: Es sind Einrichtungen für Heranwachsende, Kinder oder Jugendliche, deren Situation von der Gesellschaft als eine vorübergehende, als eine des noch nicht Erwachsenen betrachtet wird. Gegen solche einseitige Sicht ist das Lebensrecht von Kindern und Jugendlichen auf ihr jeweiliges Leben und die in ihm jetzt, aber auch für die Zukunft, erhaltenen Möglichkeiten zu betonen. Unsere Profession, seien wir Erzieher oder Sozialpädagogen, Lehrer oder Hochschullehrer, legt es daher nahe, daß wir uns auch als eine Lobbyorganisation für Kinder und Jugendlichen verstehen.

Die GEW war am 27. Januar 1993 Mitbegründer einer Neuen Internationale der Bildungsgewerkschaften, die die bisherigen zwei dominierenden Internationalen ablöst und damit die größte Gewerkschaftsinternationale im Internationalen Bund freier Gewerkschaften darstellt. Im Gespräch mit unseren englischsprachigen Kollegen ist mir klar geworden, daß in England und in den Vereinigten Staaten der Begriff „Teacher“ das ausdrückt, was wir mit sehr unterschiedlichen Begriffen bezeichnen müssen: Erzieher, Kindergärtner, Lehrer, Professor. Alle diese unterschiedlichen Tätigkeiten werden mit dem Begriff „Teacher“ bezeichnet. Das heißt, das Gemeinsame dieser erziehenden und unterrichtenden Berufe steht im Vordergrund. Diese anglo-amerikanische Sichtweise der pädagogischen Berufe finde ich außerordentlich hilfreich. Es ist geradezu eine Begründung dafür, daß die unterschiedlichen pädagogischen Berufe in einer Gewerkschaft zusammengeschlossen sind.

Verfügt die GEW über die Kompetenz, die Erfahrung und den Willen, wirklich, nicht nur dem Namen nach, eine Bildungsgewerkschaft zu sein, also die Probleme der Jugendhilfe gleichberechtigt neben den Problemen von Schule, Hochschule und Weiterbildung rücken zu können? Meine Antwort ist ein selbstbewußtes Ja. Was Anfang und Mitte der 80er Jahre, sei es umstritten, sei es mehr Absicht denn Wirklichkeit war, ist seit 1986 zunehmend Realität in der GEW geworden.

1986 haben wir das Referat F, Jugendhilfe und Sozialarbeit, eingerichtet. Norbert Hocke wurde sein Leiter. Seither bewegt sich die GEW im Bereich Ju-

gendhilfe und Sozialarbeit, auch mit Hilfe von Bernhard Eibeck und den Kolleginnen und Kollegen des Fachgruppenausschusses. Die vorhandene Dynamik rechtfertigt das Zutrauen, daß Engagement und Kompetenz sich in den kommenden Jahren weiter verbessern werden: Die geplanten Satzungsänderungen des Gewerkschaftstages 1993 – die Schaffung vier gleichberechtigter Vorstandsbereiche für die vier Organisationsbereiche, die Ermöglichung eines hauptamtlichen Vorstandsmitgliedes – sind ein wichtiger in seiner Wirkung nicht zu unterschätzender Baustein für den Ausbau des Bereiches Jugendhilfe und Sozialarbeit.

Ich erinnere an einige wichtige Leistungen. 1988 haben wir die erste Untersuchung über Arbeitsbedingungen in sozialpädagogischen Berufen, die sog. IMU-Studie vorgelegt. Deren Themen waren Überstunden, Teilzeit, Bezahlung, Personalmangel. Gefordert wurden von der GEW Einsatz für mehr Personal und bessere Bezahlung. Im selben Jahr legten wir die erste Studie über den Platz- und Personalbedarf in Kindertagesstätten durch die Max-Traeger-Stiftung vor. Es wurden qualitative Standards für Gruppengröße, Öffnungszeiten etc. erarbeitet und davon abgeleitet der Bedarf analysiert, beispielhaft für Hamburg, Berlin und Hessen, später auch Schleswig-Holstein. Im Mai 1989 hielten wir eine Fachtagung mit Wohlfahrtsverbänden, KITA '90, ab. Es kam zwischen GEW, Caritas, Diakonie und AWO zu einem Bündnis für den Rechtsanspruch auf Kita-Plätze. Gemeinsam haben wir uns an die Generalsekretäre der Parteien gewandt, mit FDP und CDU Gespräche geführt. Im Winter 1989/90 haben wir gemeinsam mit der ÖTV, aber durchaus eigenständig, in Berlin einen 11wöchigen Kita-Streik zur Durchsetzung des Tarifvertrages über Arbeitsbedingungen in Kitas abgehalten. Der Streik mußte erfolglos abgebrochen werden, aber im Oktober 1992 kam es dann in Berlin zum ersten Tarifvertrag, der Vor- und Nachbereitungszeiten für Bildung und Umschulung festlegt. Im Winter 1990/91 kam es dann zu den Tarifverhandlungen über die Eingruppierung im Sozial- und Erziehungsdienst. Die ÖTV hatte sich im April 1990 nicht zuletzt auf Drängen der GEW entschieden, das Thema außerplanmäßig zum Gegenstand von Verhandlungen zu machen. Diese begannen im Oktober und wurden nach 4 Runden im Februar mit deutlichen Verbesserungen für Erzieherinnen abgeschlossen. Unbefriedigend waren die Ergebnisse für die Sozialarbeiter. Strukturfragen blieben ausgeklammert. Wir haben einen GEW-Ratgeber „Eingruppierung“ ausgegeben, wir haben uns seitdem vor Ort und gegenüber den Fachverbänden und Zeitschriften als eine tariferfahrene Gewerkschaft darstellen können.

Und seit Sommer 1990 sind wir durch die Entwicklung in den neuen Ländern, den Beitritt von Erzieherinnen und Hortnerinnen zur GEW, zur mitgliederstärksten Organisation in diesem Bereich geworden; wir zählen derzeit über 40.000 Mitglieder im Bereich Jugendhilfe und Sozialarbeit, in einigen Landes-

verbänden steigen die Mitgliedszahlen sogar. Wir mühen uns um den Erhalt der Arbeitsplätze, um die Anwendung der Eingruppierungsmerkmale des BAT und die Einflußnahme auf die Kita-Gesetze. Die neuen Landesverbände haben durch personelle Kapazität wie durch Ausgestaltung des Vorstands der Mitgliedschaft im Bereich Jugendhilfe und Sozialarbeit Rechnung getragen und sind dadurch sogar – in der GEW bisher relativ selten – zum Vorbild für die alten Landesverbände geworden. Wir haben mithin einen hohen Anspruch. Wir wollen als GEW sowohl die Interessen der Beschäftigten wie der Kinder und Jugendlichen zusammenbringen. Wir wollen diese Doppelsicht mit einer Herangehensweise verbinden, die alle Einrichtungen, die mit Kindern und Jugendlichen zu tun haben, zusammenbringt. Dies meinen wir, wenn wir von Bildungsgewerkschaft sprechen. In diesem komplexen Ansatz unterscheiden wir uns von anderen Gewerkschaften, die in diesem Feld tätig sind, wie auch von Fachverbänden. Natürlich möchten wir als Gewerkschaft des DGB mit unserer großen Schwestergewerkschaft ÖTV gut zusammenarbeiten. Wir akzeptieren nicht nur notgedrungen, sondern aus der gewerkschaftlichen Sicht für den gesamten öffentlichen Dienst die führende Rolle der ÖTV in der Tarifpolitik. Wir beanspruchen allerdings als Fachgewerkschaft, daß die ÖTV unsere fachliche Stärke respektiert. Die Erfahrungen, die wir bei den Verhandlungen über den neuen Eingruppierungstarifvertrag mit der ÖTV gemacht haben, zeigen, daß die ÖTV zu solcher Kooperation bereit ist, und sie zeigen zugleich, daß wir zu Recht auf unsere fachliche Stärke gesetzt haben.

Die GEW hat sich seit ihrer Gründung 1948/49 als eine Gewerkschaft auch für die sozialpädagogischen Berufe verstanden. Erst die Entwicklungen der 80er Jahre und das Tätigwerden der GEW in den neuen Ländern haben diesem Anspruch die notwendige Basis gegeben. Es besteht allerdings überhaupt kein Grund zur Selbstzufriedenheit. Der Organisationsbereich Jugendhilfe und Sozialarbeit umfaßt etwa 500.000 Beschäftigte, ein Drittel davon sind beim Staat beschäftigt, zwei Drittel bei Kirchen und Wohlfahrtsverbänden. Gewerkschaftlich organisiert sind allerdings nur etwa 15 Prozent der Beschäftigten, hauptsächlich öffentlich Bedienstete.

Diese Situation ist schädlich für die Beschäftigten, insbesondere aber auch für Kinder und Jugendliche. Wenn Kinder- und Jugendpolitik in unserer Gesellschaft einen so geringen Stellenwert hat, dann liegt dies auch am mangelnden Organisationsgrad und an der Zersplitterung der Beschäftigten auf viele Fachverbände und mehrere Gewerkschaften.

Die Aufgabe der GEW ist eine doppelte. Zum einen müssen wir unsere neugewonnene Stärke im Alltag behaupten. Soviele Mitglieder wie auch im Bereich Jugendhilfe und Sozialarbeit im Osten haben, die Gefahr besteht trotzdem, daß wir uns primär als Lehrgewerkschaft verstehen, die sich auch noch um die anderen Bereiche kümmert. Ein solches Selbstverständnis werden und können

die Beschäftigten in Jugendhilfe und Sozialarbeit nicht akzeptieren. Wir haben überall, auf Bundesebene, auf Landesebene im Westen wie im Osten und auf der Kreisebene, daran zu arbeiten, daß die GEW von allen Funktionären und Mitgliedern wirklich als Bildungsgewerkschaft verstanden und erlebt wird. Der Kampf um die Erhaltung von Arbeitsplätzen in Kindertagesstätten ist mühsamer als der Kampf um die Erhaltung von Arbeitsplätzen für Lehrerinnen und Lehrer, in einem Fall entscheiden weitgehend die Kommunen, im anderen Fall das Land. Dezentrales Handeln, unterstützt vom Landesverband, muß also Praxis der GEW sein. Wenn ich dies richtig beobachte, leisten viele Kreisverbände in den östlichen Landesverbänden sehr gute Arbeit und haben hinreichend Verbindung zu und Einfluß auf die örtlichen Politiker, und die Landesverbände bemühen sich nach Kräften, auch mit den kommunalen Arbeitgeberverbänden ins Gespräch zu kommen. Diese Arbeit muß unterstützt und verbessert werden. Denn über eines darf es keinen Zweifel geben:

1. Die GEW setzt sich rückhaltlos für die Arbeitsplätze der Beschäftigten in Kindergärten und Horten ein.
2. Die GEW setzt sich mit Eltern dafür ein, daß jedes Kind tatsächlich einen Kindergarten besuchen kann und daß für jedes Kind, dessen Eltern dies wünschen, ein ganztägiger Platz im Kindergarten oder ein Platz im Hort vorhanden sein muß.

Die andere Aufgabe der GEW besteht verstärkt darin, die Nichtorganisierten davon zu überzeugen, daß die GEW für sie die richtige Gewerkschaft ist. Beim Werben um neue Mitglieder wollen wir die Kollegialität zur ÖTV nicht aufgeben, aber natürlich sind wir von uns und unserer Organisation überzeugt.

Die Verstärkung der gewerkschaftlichen Organisation im Bereich Jugendhilfe und Sozialarbeit steht allerdings vor einem grundlegenden Problem. Es geht nicht nur darum, die in Fachverbänden organisierten Kolleginnen und Kollegen davon zu überzeugen, daß gewerkschaftliche Vertretung der richtige Weg zur Interessenswahrnehmung ist und daß die GEW als Gewerkschaft sich zugleich als Anwalt von Kindern und Jugendlichen sieht. Es geht auch darum, von der einseitigen Fixierung auf öffentliche Arbeitgeber wegzukommen und die Kirchen und die Verbände der Wohlfahrtspflege als bestimmende Faktoren in diesem Bereich zu akzeptieren.

Natürlich haben die Gewerkschaften Schwierigkeiten, daß die Kirchen mit Berufung auf den Tendenzschutz sich weigern, ihre Rolle als Arbeitgeber wahrzuhaben. Die GEW hat den diesjährigen Gewerkschaftstag unter das Motto „Bildung baut Brücken“ gestellt. Wenn ein solches Motto Sinn macht, dann müssen wir uns selbstverständlich auch die Frage stellen, ob wir als GEW in der Lage sind, zu den Kirchen Brücken zu bauen, die von den Vertretern der Kirche dann auch begangen werden können. Gräben kann man zuschütten oder

überbauen, aber dies setzt ein aktives Bemühen von beiden Seiten voraus. Für die Beschäftigten in kirchlichen Einrichtungen ist die Lage nicht einfach. Gewerkschaften und Kirchen stehen sich voll Mißtrauen gegenüber. Die Beschäftigten identifizieren sich auf der einen Seite mit ihrer beruflichen Aufgabe, vielfach auch in der Weise, wie sie der kirchliche Arbeitgeber vornimmt. Sie benötigen eine gewerkschaftliche Vertretung, haben aber Probleme mit der Gewerkschaft, die große Distanz zu den Kirchen hält.

Auch die GEW hat, ich habe dies bereits erwähnt, ihre Kooperationen mit Vertretern der Kirche wesentlich verbessert. Wir erleben, daß die Kirchen wie natürlich auch die Wohlfahrtsverbände eine Sichtweise der Probleme von Kindern und Jugendlichen haben, die unserer sehr ähnlich ist und von der wir gelegentlich auch lernen können. Angesichts der niedrigen Bewertung von Kinder- und Jugendpolitik in unserer Gesellschaft ist es daher eine zwingende Notwendigkeit, daß wir kooperieren, um (ein wenig) mehr Kinderfreundlichkeit in unserer Gesellschaft zu erreichen.

Aus dieser Haltung heraus möchten wir allerdings auch ganz deutlich sagen: Die Kirchen und die Wohlfahrtsverbände müssen sich endlich als normale Arbeitgeber begreifen, sie sollten sich schleunigst zu einem Arbeitgeberverband zusammenschließen, damit sie in die volle Verantwortung für die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten eintreten können. Ich erinnere, die Kirchen haben auch von prominenter Seite immer wieder dazu aufgerufen, die Bezahlung von Erzieherinnen nachhaltig zu verbessern. Solche Appelle haben aber während der Tarifverhandlungen für die Eingruppierung im Sozial- und Erziehungsdienst nichts gefruchtet, denn in den Tarifverhandlungen waren nur die öffentlichen Arbeitgeber, also die Finanz- und Innenminister, vertreten. Was Kirchen und Wohlfahrtsverbände aus fachlicher Sicht für notwendig hielten, konnte mithin keine Rolle in den Tarifverhandlungen spielen. Dementsprechend ist das Ergebnis, wenn wir es auch als Verbesserung begrüßt haben, nach wie vor unzureichend.

Ich fasse zusammen:

1. Die GEW ist die Bildungsgewerkschaft. Sie arbeitet für die Interessen der Beschäftigten im gesamten Bildungswesen, und wir sind auf vielfältige Weise dabei, diese Interessenvertretung zu verbessern. Interessenvertretung als Bildungsgewerkschaft heißt für uns aber zugleich, daß die Interessen von Kindern und Jugendlichen denselben Rang haben wie die Interessen der Beschäftigten. Daher bemühen wir uns auch um das Zusammenwirken aller Organisationen, die sich für die Interessen von Kindern und Jugendlichen einsetzen.
2. Wir werben bei allen Beschäftigten im Bereich Jugendhilfe und Sozialarbeit um den Beitritt zur Bildungsgewerkschaft GEW. Wir wollen den Beschäf-

tigten vom Nutzen und vom Sinn gewerkschaftlicher Arbeit überzeugen, und wir sagen ganz klar: Kinder und Jugendpolitik wird in unserer Gesellschaft nur dann einen höheren Rang bekommen, wenn es besser als bisher gelingt, die Interessen der Beschäftigten zu bündeln: Weg von der Vielfalt der Organisationen, hin zur Bildungsgewerkschaft GEW.

- Wir erwarten von den Kirchen und freien Wohlfahrtsverbänden, daß sie sich zu einem Arbeitgeberverband zusammenschließen. Wir sind bereit, Brücken zu bauen für eine gemeinsame Arbeit, die die unterschiedlichen Rollen von Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen, von Kirchen, Wohlfahrtsverbänden und Gewerkschaften berücksichtigt.

Ich hoffe, daß dieser erste Jugendhilfekongreß und die Arbeit dieser Tage in Göttingen einen Markstein für die Arbeit der GEW, aber auch für die öffentliche Diskussion über Kinderrechte darstellen.



Gewerkschaft Erziehung
und Wissenschaft
im DGB

ANTRAG AUF MITGLIEDSCHAFT

VOM MITGLIED AUSZUFÜLLEN

Zuname, Vorname (zu trennen durch Leerzeichen)

Straße, Nr.

Postleitzahl, Ort O/W

Telefon

Geburtsdatum Tag Monat Jahr Geschlecht M = männlich W = weiblich Zahlungs-
rhythmus V = viertel-
jährlich

Bisher gewerkschaftlich organisiert bei von Mon./Jahr bis Mon./Jahr

Name/Ort der Bank

Kontonummer Bankleitzahl

Berufsbezeichnung (für Studierende: Berufsziel) Eintritt in den Beruf Mon./Jahr

Genaue Bezeichnung: Dienststelle/Hochschule/Institut/Betrieb

Träger der Einrichtung

Dienstort/Hochschulort/Beschäftigungsort

Beschäftigungsverhältnis <input type="checkbox"/> angestellt <input type="checkbox"/> beamtet <input type="checkbox"/> in Rente <input type="checkbox"/> pensioniert <input type="checkbox"/> Invalidität <input type="checkbox"/> Altersübergangsgeld	<input type="checkbox"/> arbeitslos <input type="checkbox"/> beurlaubt ohne Bezüge <input type="checkbox"/> teilzeitbeschäftigt mit ___ Std./Woche <input type="checkbox"/> im Studium <input type="checkbox"/> ABM <input type="checkbox"/> Vorbereitungsdienst/Berufspraktikum <input type="checkbox"/> befristet bis _____ <input type="checkbox"/> sonstiges _____	Gehaltsgruppe: _____ Steigerungsstufe: _____ Derzeitiges Bruttoeinkommen <input type="text"/> DM Nationalität <input type="text"/>
--	--	---

Jedes Mitglied der GEW ist verpflichtet, den satzungsgemäßen Beitrag zu entrichten und seine Zahlungen daraufhin regelmäßig zu überprüfen. Änderungen des Beschäftigungsverhältnisses mit Auswirkungen auf die Beitragshöhe sind umgehend der Landesgeschäftsstelle mitzuteilen. Überzahlte Beiträge werden nur für das laufende und das diesem vorausgehende Quartal auf Antrag verrechnet. Die Mitgliedschaft beginnt zum nächstmöglichen Termin. Der Austritt ist mit einer Frist von drei Monaten schriftlich dem Landesverband zu erklären und nur zum Ende eines Kalendervierteljahres möglich. Mit meiner Unterschrift auf diesem Antrag ermächtige ich die GEW zugleich wiederum, den von mir zu leistenden Mitgliedsbeitrag vierteljährlich von meinem Konto abzubuchen. Die Zustimmung zum Lastschriftzug ist Voraussetzung für die Mitgliedschaft. Wenn mein Konto die erforderliche Deckung nicht aufweist, besteht seitens des kontoführenden Geldinstituts keine Verpflichtung zur Einlösung. Bei Postcheck-Konto bitte beachten: laut Postvorschrift muß die Kontobezeichnung den Vor- und Zunamen des Mitglieds enthalten.

Ort/Datum Unterschrift

WIRD VON DER GEW AUSGEFÜLLT

Gew./Kreisverband <input type="text"/>	Dienststelle <input type="text"/>	Fachgruppe <input type="text"/>	Kassiererstelle <input type="text"/>
Tarfbereich <input type="text"/>	Beschäftigungsverhältnis <input type="text"/>	Mitgliedsbeitrag <input type="text"/> DM	Startmonat <input type="text"/>

Die uns von Ihnen angegebenen personenbezogenen Daten sind nur zur Erfüllung unserer satzungsgemäßen Aufgaben auf Datenträger gespeichert und entsprechend den Bestimmungen des Bundesdatenschutzgesetzes geschützt.

Erläuterungen zum Antrag

- 1. Dienststelle**
jetziger Arbeitgeber
Einrichtung
- Hierunter versteht die GEW den jeweiligen Arbeitsplatz des Mitglieds. Im Hochschulbereich bitte neben den Namen der Hochschule/der Forschungseinrichtung die Bezeichnung des Fachbereiches/Fachs angeben.
Folgende Angaben sind erforderlich:
Name der Einrichtung, Art der Einrichtung, Straße, Postleitzahl, Ortsangabe, Arbeitgeber
Beispiele:
1. Kommunal./Evang. Kindergarten Kleinsonnenschein
Neue Straße 5, O-3010 Magdeburg, Stadt Magdeburg
2. Paul-Hindemith-Schule, Gesamtschule/Ganztagsschule, Schwalbacher Str. 71-77, W-6000 Frankfurt/M. 1
3. Technische Universität Berlin, Fb Pädagogik,
Unter den Linden 199-219, O-1017 Berlin
- 2. Berufsbezeichnung:**
Tätigkeit
- Hier bitten wir Sie um die Angabe Ihres Berufs/Ihrer Tätigkeit
- Lehrer/in z.B. an einer Realschule
 - Referendar/in
 - Erzieher/in
 - Professor/in/Wissenschaftliche Mitarbeiter/in
 - Technisches bzw. Verwaltungspersonal
 - Lehrerin/Lehrer bzw. Dozent/in in der Erwachsenenbildung
 - Student/in
 - Vorruhestand/Altersübergangsgeld
 - Ruhestand
 - im Erziehungsurlaub
- 3. Beschäftigungsverhältnis**
- Bitte ordnen Sie sich folgenden Angaben zu und tragen Sie dies in die vorgesehene Spalte ein:
- vollzeitbeschäftigt
 - teilzeitbeschäftigt: z.B. 50%, 75% ...
 - Invalidität
 - Beurlaubung ohne Bezüge
 - arbeitslos
 - ABM
 - befristet beschäftigt, z.B. 6 Mon./2 Jahre
 - unbefristet beschäftigt
- 4. Gehaltsgruppe:**
- Die Angabe Ihrer Vergütungs-/Besoldungsgruppe ermöglicht die korrekte Berechnung des satzungsgemäßen Beitrags. Geben Sie bitte z.B. an: BAT VIa. Sollten Sie keine Vergütung nach dem BAT erhalten, bitten wir Sie um Angabe Ihres Bruttoeinkommens.

Unsere Anschriften

GEW Baden-Württemberg
Lazarettstraße 10, W-7000 Stuttgart 1
Telefon 07 11/21 03 00, Fax 07 11/2 10 30 45

GEW Bayern
Schwanthaler Straße 64, W-8000 München 2
Telefon 0 89/5 30 91 39, Fax 0 89/5 38 94 87

GEW Berlin
Ahornstraße 5, W-1000 Berlin 30
Telefon 0 30/21 99 93-0, Fax 0 30/21 99 93-50

GEW Brandenburg
Dortustraße 36, O-1560 Potsdam
Telefon 03 31/43 11 App. 444, Fax 03 31/2 80 04 91

GEW Bremen
Löningstraße 35, W-2800 Bremen 1
Telefon 04 21/3 37 64-0, Fax 04 21/3 37 64-30

GEW Hamburg
Rothenbaumchaussee 15, W-2000 Hamburg 13
Telefon 0 40/4 10 10 55, Fax 0 40/44 08 77

GEW Hessen
Zimmerweg 12, W-6000 Frankfurt/M. 1
Telefon 0 69/72 35 79 oder 72 37 33, Fax 0 69/17 22 27

GEW Mecklenburg-Vorpommern
Gadebuscher Straße 153 g, O-2753 Schwerin
Telefon 03 85/46 30 36 oder 46 30 77, Fax 03 85/46 30 33

GEW Niedersachsen
Berliner Allee 16, W-3000 Hannover 1
Telefon 05 11/3 38 04-0, Fax 05 11/3 38 04 46

GEW Nordrhein-Westfalen
Nünningstraße 11, W-4300 Essen 1
Telefon 02 01/2 94 03 01, Fax 02 01/2 94 03 51

GEW Rheinland-Pfalz
Neubrunnenstraße 8, W-6500 Mainz
Telefon 0 61 31/23 21 28, Fax 0 61 31/23 76 11

GEW Saarland
Mainzer Straße 84, W-6600 Saarbrücken
Telefon 06 81/63 84 35, Fax 06 81/63 84 37

GEW Sachsen
Geschäftsstelle, Haus der Gewerkschaften
Karl-Liebknecht-Straße 30-32, O-7010 Leipzig
Telefon 03 41/39 44-3 77, Fax 03 41/39 44-3 76

GEW Sachsen-Anhalt
Tismarstraße 20, O-3080 Magdeburg
Telefon 03 91/5 61 41 94, Fax 03 91/5 61 41 94

GEW Schleswig-Holstein
Legienstraße 22-24, W-2300 Kiel 1
Telefon 04 31/55 42 20, Fax 04 31/55 49 48

GEW Thüringen
Krämpferstraße 63, O-5020 Erfurt
Telefon 03 61/64-2 24 34, Fax 03 61/64-2 24 35

Hauptvorstand
Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft im DGB
Postfach 90 04 09, Reifenberger Straße 21
W-6000 Frankfurt a. Main 90, Telefon 0 69/7 89 73-0
Fax 069/7 89 73-2 01

Büro Bonn
Berliner Platz 1, W-5300 Bonn 1, Telefon 02 28/65 77 22,
Fax 02 28/69 29 45

Büro Berlin
Am Köllnischen Park 2, O-1026 Berlin,
Telefon 0 30/27 82 27 59, Fax 0 30/27 82 27 77